

Editorial

Die historische Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 hat in allen großen Printmedien in Frankreich und Deutschland einen enorm hohen Grad der Mediatisierung mit einer Flutwelle von Dossiers und Sonderbeilagen erfahren, die jedoch ebenso schnell wieder verebbte. Knapp sechs Wochen später konzentriert sich die vorliegende Ausgabe der DOKUMENTE auf die Präsenz Frankreichs und Deutschlands in den neuen Mitgliedstaaten.

Susanne Nies erläutert die historischen Grundlagen für eine unterschiedliche Tradition der deutschen und französischen Osteuropapolitik. Das Bild der deutschen Präsenz gegenüber französischer Abwesenheit spiegelt sich auch im politischen Stiftungswesen wider: Während die deutschen politischen Stiftungen in den Beitrittsländern sehr präsent sind, wie Kristina Pratsch-Hucko am Beispiel der Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung illustriert, fehlen bislang vergleichbare französische Strukturen. Den Versuch mit der „Fondation France-Pologne“ ein französisches Gegengewicht zu schaffen, präsentiert Johannes Thomas.

Diese nationale Sichtweise ist auch in der Wirtschaftspolitik erkennbar, arbeitet Frankreich doch mit dem Ehrgeiz seines politischen Wunderkindes Nicolas Sarkozy daran, „champions européens“ in der Industriepolitik zu schaffen, die jedoch vornehmlich aus staatlich gestützten „starken und gesunden“ französischen Großunternehmen hervorgehen sollen. Wie Thibaut de Champris in seinem Beitrag zur Präsenz der deutschen und französischen Wirtschaft in den MOEL aufzeigt, ist dort bisher allerdings vor allem der deutsche Mittelstand dank vielfältiger Beziehungen erfolgreich gewesen.

Um das Netzwerk der zivilgesellschaftlichen Beziehungen auszuweiten, fördert das

DFJW verstärkt Drittländerprogramme zur Öffnung des bilateralen Verhältnisses. Eva Sabine Kuntz, stellvertr. Generalsekretärin des DFJW, und Piotr Womela, Geschäftsführer des DPJW, legen den Austausch mit den Ländern Mittel- und Osteuropas dar. Die dort erhofften zukünftigen Multiplikatoren sprechen in jedem Fall eher Deutsch als Französisch, wie die von der Redaktion zusammengestellten Materialien zur Arbeit der Kultureinrichtungen und zur Studentenmobilität in und aus den neuen Mitgliedstaaten belegen, – vor allem in Polen. Das dort aber die Begeisterung für Europa nachlässt, vermittelt mit einem Einblick in polnische Befindlichkeiten und Wahrnehmungsmuster angesichts der Europadebatte schließlich der persönliche Beitrag des Vize-Rektors des Europa-Kollegs Brügge-Natolin, Piotr Nowina Konopka.

Mag Deutschland bis dato das festere Standbein in den MOEL besitzen, eines gilt trotz dieser Präsenz für beide Länder gleichermaßen im Hinblick auf Osteuropa: Das unzureichende gegenseitige Interesse hat seine Ursache nicht zuletzt in der fehlenden Vorstellung, einem gemeinsamen Projekt anzugehören. Daran wird auch der Ausgang der Europawahlen am 13. Juni nichts ändern – vor allem da der bisherige Wahlkampf sich bis auf die Frage nach dem Referendum zur EU-Verfassung als nahezu vollkommen inhaltsleer darstellt. Auf der Pressekonferenz des 3. Deutsch-Französischen Ministerrates am 13. Mai (siehe „Das Dokument“) schwieg Chirac sich aber selbst zu dieser Frage aus.

Die Richtungslosigkeit der deutschen und französischen Europapolitik ist auch mit gegenseitigen Harmoniebekundungen und Communiqués der „völligen Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen“ nicht länger zu übertünchen. Neue strategische Ziele nach der historischen Wiedervereinigung Europas fehlen, sie sind jedoch notwendig, damit der „Big Bang“ der Erweiterung für die politische Union nicht zum Vakuum wird.

SILKE STAMMER